



Dialogue on
Globalization

BRENNPUNKTE

Finanzkrise in Russland: Ende der Märchenzeit

Reinhard Krumm

Für eine ungewöhnlich lange Zeit lief für Russland alles nach Plan. Fast eine Dekade erwirtschaftete das Land ein prächtiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich etwa sieben Prozent im Jahr- im ersten Halbjahr 2008 waren es gar acht Prozent- einen Handelsüberschuss und mit fast 600 Milliarden US-Dollar eine der weltweit größten Devisenreserven.

Und auch politisch wurde der vorgegebene Plan erfüllt: Als Nachfolger von Vladimir Putin (56) wählten die Bürger den zuvor auserkorenen Kandidaten Dmitrij Medwedjev (43) im März des vergangenen Jahres ins höchste Staatsamt. Mit breiter Brust kündigte die Regierung an, zu den führenden Volkswirtschaften aufzuschließen. Die Finanzkraft sollte sowohl international eingesetzt werden, als politisches Instrument, und innenpolitisch, um dringend anstehende Reformen durchzuführen.

Doch gerade als die Kommentatoren der Zeitungen überheblich an das Jubiläum der Finanzkrise von 1998 als ein lange zurück liegendes historisches Ereignis erinnerten, wurde Russlands Wirtschaft heftig durchgeschüttelt, mit bisher unabsehbaren Folgen. Eine „harte Landung“ konstatierte die liberale Wirtschaftszeitung *Vedomosti* trocken, das Boulevardblatt *Moskovskij Komsomolez* verkündete enttäuscht das „Ende des russischen Märchens“.

Dabei hatte die Regierung zunächst noch großspurig jeden Einfluss der Finanzkrise auf Russland verneint. Im Gegenteil, einige Politiker wollten das zunächst in Bedrängnis geratene Island mit einem 4-Milliarden-Eurokredit unterstützen, immerhin ein Nato-Land. Denn eine Delle, ganz zu schweigen von einem Einbruch des Wachstums, passte nicht in die Aufbruchsstimmung des wieder erstarkten Landes.

Doch die Implikationen der Finanzkrise waren zu schwerwiegend für die russische Wirtschaft, als dass der Staat sie hätte verschwiegen können. So sahen die russischen Bürger am 27. Dezember eine ungewöhnliche Samstagausgabe der Wirtschaftszeitung *Kommersant* an ihren Kiosken – nicht eine Meldung

aus der Politik, ganz zu schweigen von Kultur oder Sport. Stattdessen finden sich in dem 36-seitigen Blatt nur offizielle Mitteilungen über zahlungsunfähige Unternehmen.

Nach Angaben der Weltbank waren vor allem vier Faktoren verantwortlich:

1. Ende des Kapitalzuflusses- im Gegenteil wurde Geld aus Russland abgezogen.
2. Den Banken mangelt es an Liquidität.
3. Im Ausland kurzfristig gewährte Kredite können nicht zurückgezahlt werden.
4. Der Fall des Preises für Rohöl von 140 US-Dollar pro Barrel auf unter 50 US-Dollar.

Schließlich brach der russische Aktienmarkt ein, was den Vertrauensverlust von Anlegern widerspiegelt. Der Index RTS fiel Ende Januar auf unter 500 Punkte, auf das Niveau von 2003. Die Kapitalisierung der Aktien des russischen Marktes beläuft sich heute auf knapp über 300 Milliarden US-Dollar. Das ist weniger, als das Energieunternehmen Gasprom im Mai des letzten Jahres wert war. Schon im Dezember hatte die Finanzagentur Standard&Poor's Russlands Kreditwürdigkeit von BBB+ auf BBB heruntergestuft.

Aufgrund einer klugen Fiskalpolitik und der getätigten Rücklagen in den vergangenen Jahren wird Russland vermutlich kurzfristig in der Lage zu sein, die Wirtschaft zu stabilisieren. Um eine Panik in der Bevölkerung zu vermeiden, so geschehen bei der letzten Wirtschaftskrise 1998, bemüht sich die Regierung, den Kurs des Rubels nicht abstürzen zu lassen.

Energisch griff die Zentralbank ein und begann die überschwellende Schatulle der Gold- und Devisenreserven für Stützungskäufe zu nutzen. Schnell schrumpfte die Rekordsumme von 597,5 Milliarden US-Dollar zusammen, Ende Januar waren es knapp 200 Milliarden weniger. Der Rubel verlor etwa ein Viertel seines alten Wertes, statt 32 Rubel für den Euro zur

Jahresmitte des vergangenen Jahres müssen im Februar nun 43 Rubel für den Euro gezahlt werden.

Gleichzeitig beschloss die Regierung den inländischen Markt zu schützen, um die Nachfrage nach eigener Produktion zu stabilisieren und damit Arbeitsplätze zu erhalten. Die Importzölle für ausländische Automobile wurden erhöht. So sollte der Anteil der einheimischen Automobilindustrie am Gesamtverkauf aller Automobile erhöht werden. Tatsächlich brach die Nachfrage nach im Ausland gefertigten Automobilen so ein, dass der Zoll erhebliche Mindereinnahmen an Einfuhrgebühren zu verzeichnen hatte. Insgesamt fehlt es an Planungssicherheit der Behörden, denn die dringend benötigten Steuereinnahmen bleiben aus. Im November wurde der Haushaltsfehlbetrag auf 40 Prozent geschätzt.

Der Reflex des Staates, in Notsituationen auf die Finanzkraft der Oligarchen zurückzugreifen, blieb ohne Ergebnis. Denn auch die waren in Schwierigkeiten wegen anstehender Kreditrückzahlungen geraten. Höhnisch listete die kritische *Novaja Gazeta* die „Not leidendsten Russen“ und ihre Unternehmen auf, ein *Who is Who* der reichsten Männer des Landes: Oleg Deripaska (Rusal), Vladimir Potanin (Nornikel), Michail Fridman (Alfa-Gruppe), Vagit Alekperov (Lukoil) und Viktor Vekselberg (TNK-BP). Sie brauchten Geld, und der Staat sollte helfen. Welch eine Ironie der Geschichte, hatten die Oligarchen einst den Staat vorgeführt.

So verschlechtern sich die Prognosen für das Jahr 2009 entsprechend des sinkenden Erdölpreises. War im Dezember bei einem Ölpreis von 50 US-Dollar pro Barrel von 2,4 Prozent noch ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes prognostiziert worden, so geht die Regierung nun, basierend auf einem realistischen Erdölpreis von 41 US-Dollar pro Barrel, von einem negativen Wachstum von 0,2 Prozent aus. Dabei ist die Talsohle, so der wirtschaftspolitische Berater des Präsidenten, Arkadij Dvorkovitsch, noch nicht erreicht.

Der russischen Führung ist sich dem Dilemma bewusst, einerseits den politischen Rahmen eng gezogen zu haben, um eine Stabilisierung des Landes sicherzustellen, gleichzeitig aber gerade dieser enge Rahmen den politischen Diskurs nicht zulässt, der für die dringend anstehende Modernisierung notwendig ist. Bürgerrechte offeriert der Staat seinem Volk sehr wohl, politische Partizipation derweil nur nach Gusto.

Und auf einmal stellten kritische Beobachter die Frage, wie erfolgreich eigentlich die Reformen der letzten acht Jahre gewesen sind. Vorschnell zogen einige von ihnen den Vergleich mit der Ära des Generalsekretärs Leonid Brezhnev in den siebziger Jahren, die „Zeit der Stagnation“. Auch damals fiel der Erdölpreis, und aufgrund zuvor vernachlässigter Reformen begann der Niedergang der Sowjetunion.

Ähnlich dramatische Folgen sind nicht auszuschließen. Provozierend beschrieb Jevgenij Gontmacher, einer der prominentesten Sozialexperten, über mögliche Folgen der Finanzkrise auf das soziale Gefüge Russlands. In dem Artikel „Novotscherkask-2009“ entwickelte er ein Szenario für eine Stadt im nördlichen Kaukasus nach Massenentlassungen. Die Wahl der Lokalität war kein Zufall: 1962 war es in der Stadt tatsächlich zu sozialen Unruhen gekommen, die damals von der Miliz mit Waffengewalt beendet wurde. Entsprechend nervös reagierte der Kreml auf die wütenden Proteste von Autofahrern und Importeuren japanischer, koreanischer und chinesischer Wagen in Sibirien gegen die Erhöhung der Importzölle auf ausländische Kraftfahrzeuge.

Inoffiziell erhielt der Autor aus Regierungskreisen Zuspruch, offiziell wurde das Blatt ermahnt, Kritik dieser Art in Zukunft zu unterlassen.

Reinhard Krumm ist der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Russland.